Erscheint täglich
früh 6½ Uhr

Redaction und Expedition
Johannesgasse 33.
Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 5—6 Uhr.
Für die Rückgabe eingesandter Manuskripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.

In den Filialen für Inf.-Annahme:
Otto Klemm, Universitätsstraße 21,
Louis Lösche, Katharinenstraße 18, p.
nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Auflage 17,500.
Abonnementspreis viertelj. 4½ Mk.,
incl. Bringerlohn 5 Mk.,
durch die Post bezogen 6 Mk.
Jede einzelne Nummer 25 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen
ohne Postbeförderung 39 Mk.
mit Postbeförderung 45 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf.
Größere Schriften laut unserem Preisverzeichniß.
Tabellarischer Satz nach höherem Tarif.

Reclamen unter dem Redactionsstrich
die 4spaltige Zeile 50 Pf.
Inserate sind stets an die Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben.
Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme

№ 288. Sonntag den 15. October 1882. 76. Jahrgang.

Amtlicher Theil.

Oeffentliche Sitzung der Stadtverordneten

Mittwoch, am 18. Octbr. 1882, Abends 6½ Uhr, im Saale der I. Bürgerschule.

Tagesordnung:

I. Bericht des Verfassungs-Ausschusses über Eingebung des Prozesses der Stadt gegen Herrn Hermann Trompler in Goblis.
II. Bericht des Stiftungs-Ausschusses über: a. verschiedene Stiftungsrechnungen; b. Etatisirung der Wirthschafterinstelle im Krankenhause; c. Pos. 42, 66 und 71 der Bedürfnisse des diesjährigen Krankenhaus-Budgets.
III. Bericht des Bau-, Oekonomie- und Stiftungs-Ausschusses über den Verkauf einer in Reudnitz gelegenen Feldparzelle an die Leipziger Bierbrauerei zu Reudnitz, Riebeck & Co.
IV. Bericht des Bau- und Oekonomie-Ausschusses über Aufstellung eines Pissoirs auf dem Platze am Eingange zur Waldstraße.
V. Bericht des Bau-Ausschusses über Pos. 37 des Anhanges zu Conto 31 (Gebäude in der Stadt) des diesjährigen Haushaltplanes.
VI. Bericht des Oekonomie-Ausschusses über: a. Herstellung einer öffentlichen Eisbahn; b. Anbringung einer steinernen Bank an dem zur Erinnerung an die Herstellung der Leipzig-Dresdner Eisenbahn errichteten Denkmal; c. Herstellung eines eisernen Geländers an der Promenade längs der Goethestraße.
VII. Bericht des Finanz- und Stiftungs-Ausschusses über Abgabenerhebung von Innungsverwandten zur Armencasse.
VIII. Bericht des Finanz-Ausschusses über: a. Bewilligung einer jährlichen Beihilfe für den Leipziger Thierschutzverein; b. die Rechnungen des Leihhauses und der Sparcasse auf die Jahre 1880 und 1881.

Bekanntmachung,

die persönliche Anlage für die evangelisch-lutherischen Kirchen in Leipzig betreffend.

Der auf

den 16. October a. c.

ausgeschriebene zweitermintliche Betrag der persönlichen lutherischen Kirchenanlage ist **mit vierzig Procent des aus der Einschätzung zur staatlichen Einkommensteuer sich ergebenden einfachen städtischen Steuersatzes zu erheben.**

Es werden deshalb die Beitragspflichtigen aufgefordert, ihre Beiträge binnen 3 Wochen, von dem Termine ab gerechnet, an die Stadt-Steuereinnahme zu entrichten, widrigenfalls nach Ablauf dieser Frist gegen die Säumigen das Beitreibungsverfahren eingeleitet werden wird.

Leipzig, den 11. October 1882.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Koch.

Bekanntmachung,

die städtische Einkommensteuer betreffend.

Der zweite Termin der städtischen Einkommensteuer ist

den 16. October dieses Jahres

mit dem vierfachen Betrage des einfachen Steuersatzes fällig.

Die Beitragspflichtigen werden deshalb aufgefordert, ihre Steuerbeträge spätestens binnen 3 Wochen, von dem Termine ab gerechnet, an unsere Stadt-Steuereinnahme, Brühl 51, bei Vermeidung der nach Ablauf dieser Frist gegen die Säumigen eintretenden gesetzlichen Maßnahmen abzuführen.

Leipzig, den 11. October 1882.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Koch.

Bekanntmachung.

Wegen Vornahme von Pflasterungsarbeiten wird die

Mühlgasse
von Montag, den 16. d. M. ab

für **unbefugten Fahrverkehr** auf die Dauer dieser Arbeiten **gesperrt.**

Leipzig, am 12. October 1882.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Dr. Wängemann.

Bekanntmachung.

Die Lieferung der Eisenmaterialien für die in Chemnitz herzustellende Stadtfernsprecheinrichtung beziehungsweise für den weiteren Ausbau der Stadtfernsprecheinrichtung in Leipzig, bestehend in schmiedeeisernen Tragstangen (Röhren) und deren Ausrüstung mit schmiedeeisernen Querträgern, Stützen, Laschen, Schellen, Streben, Ankern, Schraubenbolzen ꝛc. soll vergeben werden.

Die Lieferungsbedingungen liegen bei der Materialien-Verwaltung der Kaiserlichen Ober-Postdirection hierselbst — Posthaus am Augustusplatz, Eingang von der Poststraße, II. Stockwerk —, sowie bei dem Kaiserlichen Telegraphenamte in Chemnitz zur Einsichtnahme aus und können von den genannten Dienststellen, bei welchen auch Musterstücke der zu liefernden Materialien niedergelegt sind, abschriftlich zum Preise von 40 Pennig bezogen werden.

Leistungsfähige Unternehmer wollen ihre Angebote, an welche sie 14 Tage gebunden bleiben, mit der Aufschrift: „Lieferung von Eisenmaterialien für Stadtfernsprecheinrichtungen" verschlossen und frankirt bis zum 26. October dss. Js., 11 Uhr Vormittags an die Kaiserliche Ober-Postdirection, Abtheilung IV, hierselbst einsenden.

Die Eröffnung der Angebote erfolgt zu dem angegebenen Zeitpuncte in Gegenwart der etwa erschienenen Anbieter. Später eingehende Angebote können nicht berücksichtigt werden.

Leipzig, den 11. October 1882.

Der Kaiserliche Ober-Postdirector.
In Vertretung: Salome.

Bekanntmachung.

Bei dem unterzeichneten Gemeinderathe kommt die mit 1000 ℳ Jahresgehalt besetzte Stelle des Registrators am 1. December d. J. zur Erledigung.

Im Verwaltungsfache geübte Bewerber wollen ihre Gesuche unter Beifügung der erforderlichen Nachweise bis zum 24. d. M. bei uns einreichen.

Reuschönefeld, den 14. October 1882.

Der Gemeinderath.
Claus, Gem.-Vorst.

Von dem unterzeichneten Amtsgerichte soll

den 21. October 1882

das zur Nachlaßconcursmasse des verstorbenen Zimmermeisters **Johann Wilhelm August George** in Leipzig gehörige, an der Leplaystraße gelegene Grundstück, Nr. 475L. Abth. B des Katasters, Nr. 1211g des Flurbuchs und Fol. 3052 des Grund- und Hypothekenbuches für die Stadt Leipzig, welches Grundstück am 24. Mai 1882 ohne Berücksichtigung der Lasten auf

101,000 ℳ

gewürdert worden ist, nothwendiger Weise versteigert werden, was unter Bezugnahme auf den an hiesiger Amtsstelle aushängenden Anschlag hierdurch bekannt gemacht wird.

Leipzig, am 13. October 1882.

Königlich Sächsisches Amtsgericht, Abtheilung II.
Steinberger. 69.

Bekanntmachung.

Der Täubchenweg vom Gerichtsweg bis zur Augustenstraße bleibe wegen vorzunehmender Steinaufschüttungen vom

Mittwoch, den 15. dieses Monats ab bis auf Weiteres

für den durchgehenden Fahrverkehr gesperrt.

Solches wird hiermit zur öffentlichen Kenntniß gebracht.

Reudnitz, 13. October 1882. **Der Gemeindevorstand.**
Hetzer.

Nichtamtlicher Theil.

Zum Zusammentritt der Delegationen in Pest.

In Oesterreich-Ungarn, wo bekanntlich die nationalen und inneren politischen Fragen so vielfältig und heikel sind, ja manche derselben selbst in naher Verbindung mit der auswärtigen Reichspolitik steht, dürfte es im Laufe der nächsten Tage noch lebhafter als gewöhnlich hergehen.

Am 25. d. M. werden nämlich in Pest die Delegationen wieder zusammentreten, und aus mancherlei Gründen hat es den Anschein, daß die Session eine ziemlich bewegte werden dürfte. Zu dieser Annahme wird man um so mehr berechtigt, wenn man einen Rückblick auf die Delegations-Verhandlungen wirft, welche im Frühling dieses Jahres in Wien stattgefunden haben. Damals wurde die Versammlung der Dringlichkeit wegen in außergewöhnlicher Weise einberufen, um eine Creditbewilligung zur Unterdrückung des südslavischen Aufstandes in Dalmatien und den occupirten Provinzen zu verlangen. Schon in jeder Delegationssession wurden seitens der Oppositionspartei die gesammte Occupationspolitik und die Zustände in den genannten südslavischen Ländern einer scharfen, aber zumeist nicht ungerechten Kritik unterworfen; aber schließlich einigten sich die Delegationsmitglieder, dennoch die Creditforderung zu bewilligen. Das geschah theils aus Patriotismus, theils im Hinblick auf die in ganz ausdrücklicher Weise seitens der Regierung abgegebene Erklärung, daß die geforderte Creditsumme völlig ausreichen werde, um den Aufstand in Dalmatien und den occupirten Provinzen zu unterdrücken und dort geordnete Zustände zu schaffen.

Ob jene Zusicherung von der Regierung erfüllt worden oder überhaupt nach der thatsächlichen Lage der Verhältnisse in jenen völlig unterwühlten Ländern gehalten werden konnte, mag dahingestellt bleiben. Jedenfalls wird aber die Opposition des Mißerfolges der Regierungspolitik im Süden der Monarchie während des letzten Halbjahres sich erinnern; ja es ist fast mit Sicherheit anzunehmen, daß in dieser Richtung in der bevorstehenden Delegationssession der Regierung ziemlich unangenehme Dinge gesagt werden dürften. Damit allein werden indeß die Verhandlungen noch lange nicht ihr Bewenden haben. Bekanntlich mangelt es weder in Ungarn noch in Oesterreich an allerlei Fragen und Conflicten, die nicht erst seit der Jüngstzeit zu einem gordischen Knoten sich verschlungen haben, der jeder friedlichen Lösung zu spotten scheint. Ein ansehnlicher Theil dieser Fragen und Conflicte wird auch wieder zum so und so vielten Male zur Verhandlung gelangen; freilich mit demselben negativen Erfolge, den sie mehr oder minder in den früheren Sessionen gehabt haben. Da werden abermals die nationalen Gegensätze auf einander platzen, die in Oesterreich-Ungarn vor Allem und im Widerspruche zu dem Geiste aller anderen modernen, freiheitlichen Staaten die politischen und wirthschaftlichen Reformen in den dunklen Hintergrund zu schieben pflegen, der in bezeichnender Weise auf das wüste politisch-nationale Kampfgebiet seine Schatten wirft.

Diesmal dürften in den Delegationsverhandlungen noch mehr als in den vorangegangenen die Verhältnisse Ungarns zu lebhaften Auseinandersetzungen führen. Daß diese Verhältnisse überaus trostloser Natur sind, ist bekannt; aber ebenso bekannt ist auch jedenfalls, daß eine Wendung zum Guten unter der gegenwärtigen ungarischen Regierung nicht in Aussicht steht. Es scheint wirklich überaus fragwürdig, was einmal das Regiment des Herrn v. Tißza Ungarn hinterlassen wird.

Wenn man alle Versicherungen und die schöngefärbten, aber hohlen Phrasen des ungarischen Minister-Präsidenten chronologisch-statistisch zusammenstellen würde, so müßte die Welt in Erstaunen darüber gerathen, was Alles ein ungarischer „Staatsmann" im grellsten Gegensatze zu den Thatsachen zu versprechen und zusammen zu fabuliren vermag. Es ist beispielsweise noch nicht lange her, daß Herr v. Tißza und sein Anhang im ungarischen Reichstage behaupteten, die antisemitische Bewegung, die damals noch auf Rußland sich beschränkte, sei in Ungarn „ganz unmöglich", weil das ungarische Volk ein „edelmüthiges" sei und einen „sehr gesunden gesetzlichen Sinn" besäße. Diese Behauptung mußte schon von vornherein jedem Nichtungar verblüffen und als tendenziöse nationale Aufschneiderei erscheinen, weil an der Hand der Geschichte bewiesen werden kann, daß es in Europa kaum eine rohere gewaltthätigere Race giebt als die magyarische.

Die Antisemitenführer v. Istoczy und Onody kannten das ungarische Volk besser als der Minister-Präsident, an dessen Beruhigungsphrasen sie sich gar nicht kehrten. Sie wühlten vielmehr in ganz Ungarn fort, weil sie bestimmt wußten, daß da kommen werde, was sie wollten. Und in der That, gegenwärtig verstreicht fast kein Tag, an dem aus verschiedenen Gegenden Ungarns nicht höchst bedenkliche Nachrichten über rohe Gewaltacte und Massenausschreitungen gegen die jüdische Bevölkerung kommen. Zumal haben die Vorgänge in Preßburg die „staatsmännischen" Redensarten des Herrn v. Tißza über den „Ehrenmuth" und „gesetzlichen" Sinn des ungarischen Volkes auf das Schändlichste Lügen gestraft. Da es den Antisemiten-Führern und ihrem Anhange nicht an Verbindungen im ganzen Lande und an mächtigen politischen Cliquen fehlt, so dürfte die sogenannte Judenfrage wohl auch in den nächsten Delegationsverhandlungen auf das Tapet kommen. Damit wird sich irgend ein Erfolg für die Herren v. Istoczy und Onody wohl nicht ergeben; aber es ist schon bedenklich und für die Zustände Ungarns bezeichnend genug, daß die Bewegung unleugbar einen drohenden Umfang anzunehmen vermochte.

Auch die Verhältnisse und die jüngsten Vorgänge in Triest dürften fast zweifellos einen Theil der nächste Delegationssitzungen in Anspruch nehmen. Die beiden Regierungen, sowie ganz Oesterreich-Ungarn haben auch wirklich alle Ursache, ihr Augenmerk auf die zerfahrenen Zustände Triests und die wahnwitzige, aber jedenfalls gefährliche revolutionäre Maulwurfsarbeit der Italianissimi zu richten. Mit ausschließlich polizeilichen Maßnahmen, und seien diese noch so energisch, wird der Irredenta-Spuk in Triest, sowie in dem der Stadt benachbarten Küstengebiete kaum völlig und für immer zu bannen sein. Die Regierung muß vielmehr sich beeilen, bezüglich der Nationalitätsfrage Triests, Istriens und des Görzer Gebietes entschieden Stellung zu nehmen, was doch an der Hand der ethnographischen Wissenschaft und der politischen Nothwendigkeit nicht schwierig ist. Mit einem Worte, man müßte in den maßgebenden Kreisen Wiens jede Concession, jeden Schein vermeiden, welche etwa vermuthen ließen, daß jene Landestheile, wo die italienische Sprache nur als Handelsidiom an den Küstenpuncten sich eingeschlichen, mit Italien wirklich einen nationalen Zusammenhang hätten.

Dies wären im Allgemeinen die Hauptfragen und Verhandlungsgegenstände, mit denen sich die am 25. d. M. in der ungarischen Hauptstadt zusammentretenden Delegationen zu beschäftigen haben dürften. Man ersieht daraus, daß die Session eine interessante, lebendige, vielleicht auch stürmische zu werden verspricht. Was indeß die Aussicht auf wirkliche, praktische Erfolge betrifft, so läßt sich in dieser Richtung kaum eine zutreffende Schlußfolgerung ziehen; denn der Leser darf nicht vergessen, daß es sich um Oesterreich-Ungarn, das heißt um das Land der Unwahrscheinlichkeiten handelt.

Leipzig, 15. October 1882.

Anläßlich der am Montag beginnenden neuen Session des Bundesrathes ist die Erinnerung wohl am Platze, wie schnell die Einrichtung der sog. Ministerconferenzen aus der Praxis und ebenso aus dem Gedächtniß selbst der politischen Welt entschwunden ist. Jene Ministerconferenzen waren der Schlußstein der neuen Geschäftsordnung des Bundesraths, die nach dem berühmten Protquittungsbrief und dem letzten Entlassungsgesuch des Fürsten Bismarck im Frühjahr 1880 gegeben wurde, und durch welche derselbe die angeblich allzu bureaukratischen Formen des Bundesraths gelenkiger gestalten wollte. Die Ministerconferenzen sollten als zwangslose Zusammenkunft der Minister der größeren Einzelstaaten vor Beginn jeder Session ein Einvernehmen über die neuen Vorlagen, über ihre geschäftliche Behandlung ꝛc. bewirken, derart, daß der Verlauf der Bundesrathssession selber nur die Ausführung eines bereits fertig gestellten Schemas gebildet hätte. Nun ist aber diese ganze Einrichtung in den dafür vorgeschriebenen Formen eigentlich gar nicht ins Leben getreten, und sie kann schon jetzt nach erst zweijährigem Bestehen als so vollständig veraltet angesehen werden, daß man in der gesammten deutschen Presse und in allen sonstigen politischen Kundgebungen der jüngsten Zeit vergeblich nach irgend einer, auch der leisesten Erwähnung der Conferenzen suchen wird. Allerdings wird die bevorstehende Session an nennenswerthen gesetzgeberischen Arbeiten außergewöhnlich arm sein, aber auch dann würde der Anlaß vorhanden gewesen sein, in irgend welcher Form regierungsseitig zu erklären, daß diesmal auf die Anberaumung der Ministerconferenzen aus praktischen Gründen verzichtet werden könne. Daß Fürst Bismarck dies gar nicht für nöthig gehalten hat und das, was todt ist, ruhen läßt, beweist wieder einmal, wie weit er selbst davon entfernt ist, alle seine Ideen für durchaus gesund und lebenskräftig zu halten, ein Fehler, den die Kritiklosen unter seinen Getreuen trotz mannigfacher beschämender Erfahrungen nicht ablegen zu wollen scheinen.

Wie der „N.-Z." glaubwürdig gemeldet wird, hat der Kaiser am 9. d. M. die Ernennung des seitherigen Botschafters in Konstantinopel des Grafen Hatzfeldt zum Staatssecretair des Auswärtigen Amtes, sowie zum preußischen Staatsminister und Mitglied des Staatsministeriums vollzogen. Damit nimmt ein Zwischenzustand ein Ende, der seit dem am 20. October 1879 erfolgten Tode des Staatsministers v. Bülow gedauert hat. Der lange Zeitraum, während dessen das Staatssecretariat durch Stellvertreter versehen wurde, weist darauf hin, welchen eigenartigen Schwierigkeiten die definitive Besetzung begegnete. Bekanntlich wurde die Vertretung zuerst durch den Fürsten von Hohenlohe geführt, der der Berliner Conferenz präsidirte. Graf Hatzfeldt wurde im Sommer 1881 zur weiteren Uebernahme der Vertretung hierher berufen, nachdem er als Doyen des diplomatischen Corps zu Konstantinopel das Zustandekommen der türkisch-griechischen Grenzconvention wesentlich herbeigeführt hatte. Seitdem wurde der Botschafterposten in Konstantinopel „vicarirt"; da derselbe jetzt neu besetzt werden wird, so werden eine größere Anzahl von Veränderungen in der Diplomatie, die bis jetzt aufgeschoben waren, nunmehr erfolgen. Als Nachfolger des Grafen Hatzfeldt in Konstantinopel wird der Gesandte in Athen, Herr von Radowitz, bezeichnet.

Nachdem Herr Scholz seit nunmehr vier Monaten dem preußischen Finanzministerium vorsteht, kann die Thatsache als eine zweifellose angesehen werden, daß die Angelegenheit des Bremer Zollanschlusses unter ihm gerade so viel oder so wenig Förderung (nämlich gar keine) zu erfahren hatte, als wie Herr Bitter derselben hatte angedeihen lassen. Natürlich handelt weder Herr Scholz noch Herr Bitter in dieser Frage nach eigenem Antriebe, sondern beide folgen dem Willen des Reichskanzlers, der es denn augenscheinlich nicht für angemessen hält, den Bremer Zollanschluß gerade jetzt zu betreiben. Dieses völlige Zurückstellen einer anfangs für „brennend" erklärten Frage gilt an unterrichteten Stellen als so sicher, daß mit Bestimmtheit vorausgesagt wird, auch die bevorstehende Bundesraths- und parlamentarische Campagne werde die Materie in dem Vorbereitungsstadium lassen, in welchem sie dieselbe vorfinde. Versuche, den Fürsten Bismarck zu einer Aussprache über die Frage zu veranlassen, sind bisher vergeblich geblieben, und man ist vermuthlich in Bremen noch mehr als in Berlin im Unklaren über den Umschwung in der Stimmung des Kanzlers.

Geh. Rath Jacobi, dessen Tod wir meldeten, hatte s. Z. in seiner Stellung als vortragender Rath im Ministerium des Innern das Versicherungswesen mit so vorzüglicher Sachkenntniß bearbeitet, daß er nach dieser Richtung hin schwer zu ersetzen war. Ueber die Veranlassung zu seinem Austritt aus dem Ministerium erinnert man sich, daß in der Conflictszeit ein Privatbrief von ihm, in welchem er sich tadelnd über eine Regierungsmaßregel aussprach, durch einen Zufall in ein Aktenheft gerieth und bekannt wurde. Auch in Liegnitz scheint sein Ausscheiden aus dem Dienste, wie sich die Leser noch aus den Zeitungsnachrichten aus den ersten Monaten dieses Jahres erinnern werden, kein ganz freiwilliges gewesen zu sein. Der geistig und körperlich noch durchaus frische und rüstige Geheime Rath huldigte eben stets der Ansicht, daß auch ein preußischer Verwaltungsbeamter ein unabhängiger Mann sein dürfe.

Der bisherige elsaß-lothringische Commissar zum Bundesrath, Herr Generaldirector der Zölle und indirecten Steuern Fabricius, wird — wie wir erfahren — an den diesmaligen Bundesrathssitzungen Unwohlseins halber nicht Theil nehmen; dagegen wird Herr Geheimer Regierungsrath Hauschild, der ebenfalls schon seit längerer Zeit als reichsländischer Bundescommissar fungirt, für Elsaß-Lothringen den Bundesrathssitzungen beiwohnen.

Die „Wiener Abendpost" schreibt: „Fürst Lobanow hat die Botschaftsgeschäfte bereits angetreten. Die hohe sociale Stellung, die derselbe als einer der ersten Cavaliere und der hervorragendsten Staatsmänner Rußlands in seiner Heimath einnimmt, sichert ihm auch hier den angenehmsten Verkehr mit den gesellschaftlichen Kreisen. Den vortheilhaften Ruf, den er als Diplomat genießt, begründete er auf den wichtigen Posten in Konstantinopel und London, in welchen Stellungen er stets die Wahrung der Interessen seines Vaterlandes mit der Pflege der freundschaftlichen Beziehungen desselben zu den Höfen, bei denen er accreditirt war, zu vereinigen gewußt hat. Die Sympathien, deren er sich überall erfreute, werden ihm auch hier entgegengebracht."

Wie aus Triest gemeldet wird, hätte die italienische Regierung der österreichischen im diplomatischen Wege eröffnet, sie sei auf Grund der bestehenden Verträge geneigt, Personen, welche in Oesterreich ein gemeines Verbrechen begangen, und auf italienischem Gebiete betroffen werden, an Oesterreich auszuliefern, nur müsse die Schuld solcher Personen im Wege eines zwischen den österreichischen und italienischen Gerichten durchzuführenden Verfahrens, beziehungsweise Untersuchung, völlig erwiesen sein. Falls aber die italienischen Gerichte sich von der Schuld einer in Oesterreich verfolgten, in Italien als verdächtig verhafteten Person sich nicht zu überzeugen vermöchten, könnte ihre Auslieferung nach dem bestimmten Wortlaute der italienischen Landesgesetze nicht stattfinden.

Aus Südrußland melden die Lemberger Blätter, daß auch Kischinew eine Reihe neuer Befestigungen erhalten soll. Der russische General im Ingenieur-Corps, v. Roswadowski, hat bereits von Warschau nach Kischinew sich begeben, um die in Petersburg von der Central-Befestigungs-Commission unter dem Vorsitze des Kaisers gebilligten Pläne zur Ausführung zu bringen. Auch in Wilna tagt eine aus Genie- und Generalstabs-Officieren zusammengesetzte Commission, deren Berathungen auf die Befestigung verschiedener in Litthauen gelegener Puncte sich beziehen. Diese Commission hat auch die Regulirung der Bugmündung zwischen Brest-Litowsk und Serocka zu strategischen Zwecken angeordnet.

Aus Bulgarien liegen Nachrichten über fortwährende räuberische Einfälle vor, welche allerlei Gesindel längs des rumänischen Grenzstriches der Dobrudscha auf bulgarischem Gebiete unternimmt. In Folge dessen hat der bulgarische Minister des Inneren den Fürsten Alexander bestimmt, eine Verfügung zur sofortigen Bildung eines Grenzwächter-Corps zu erlassen, dem speciell die Ueberwachung des genannten Grenzgebietes obliegen wird. Da der Fürst zur Errichtung jenes Corps gleichzeitig die nöthigen Geldmittel angewiesen, so dürfte die Organisation des Corps in kürzester Zeit vollendet sein.

Der Schweizer Bundesrath wird sich demnächst mit Feststellung des nächstjährigen Budgets der Eidgenossenschaft zu befassen haben. Der Voranschlag desselben weist folgende Positionen auf: An Einnahmen 48,130,000 Frcs., an Ausgaben 48,590,000 Frcs. Es würde sich somit ein Deficit von 460,000 Frcs. ergeben. Eine wesentliche Ausgabenvermehrung verursacht das Departement des Innern, das Militairdepartement, das Finanz- und das Handels- und Landwirthschaftsdepartement. Die Zolleinnahmen sind auf 18 Millionen Francs veranschlagt. Der Berner „Bund" bemerkt zu vorstehenden Angaben, daß auf diesem nächstjährigen Voranschlage noch keine außerordentlichen Credite für die Landesbefestigung oder die Anschaffung von Kriegsmaterial (Positionsgeschützen) figuriren.

Die in Basel tagende Synode der evangelischen Kirche hat einen Beschluß gefaßt, welcher für den Protestantismus in der Schweiz von bedeutungsvollen Folgen sein kann. Die Synode hat nämlich mit 39 gegen 32 Stimmen beschlossen, dem Consistorium den Vorschlag zu machen, die kirchlichen Gesetze dahin abzuändern, daß fortan die Taufe keine Vorbedingung mehr für die Confirmation und die Theilnahme beim Abendmahl bilden soll. Der Katechismus müßte ebenfalls entsprechend abgeändert werden.

Aus Paris meldet die „Post" vom 12. October: „Der Minister des Innern hat eine Untersuchung angeordnet über gewisse Zwischenfälle bei dem jüngsten legitimistischen Bankete auf der Insel Camargue bei Marseille, und namentlich auch bezüglich des Absingens des Salvum fac Regem in der Kathedrale von Arles. Falls die Geistlichkeit dabei mit betheiligt gewesen sein sollte, ist die Regierung zum strengsten Einschreiten entschlossen. Zunächst heißt es allerdings, daß ein katholischer Gesangverein jene Manifestation gemacht habe, ohne Autorisation oder Mitwirkung der Geistlichkeit der Kathedrale."

In Ravenna, wo die Irredentisten und Socialdemokraten das große Wort zu führen scheinen, ist es gelegentlich der Wahlbewegung zu argen Skandalen gekommen. Die